



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Geden / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschek-Konto: Berlin 100. Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beistellung.

# Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin S.W. 68, Kochstraße 22-26.

10 Pf. - Nr 69 - B 34

DIENSTAG, 10. FEBRUAR 1931

ABEND-AUSGABE - V

## Ohne Immunität

### 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete kommen in Gang

Die Staatsanwaltschaften der deutschen Länder haben bereits Dienstag vormittag damit begonnen, die durch den früh um 2 Uhr ergangenen Beschluß des Reichstages über die Immunitätsaufhebung möglich gewordenen Strafverfahren durchzuführen. Die Zahlvermerkmale der Länder sind sich darüber einig, daß diese Durchführung mit aller notwendigen Energie erfolgen soll. Die Hauptverhandlung erstreckt sich auf die preußischen Staatsanwaltschaften, die etwa 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete durchzuführen haben; davon kommen mehrere Tausend Verfahren allein auf Berlin, und es wird möglicherweise notwendig sein, das politische Departement der Staatsanwaltschaft I Berlin vorübergehend zu verfrachten.

Die meisten Verfahren sind wegen besonders über Beleidigungen anhängig. Sie sind ferner gegeben, daß Anklage sofort erhoben werden kann. Die Zuständige sind meist klar und zugehen werden nicht erst weiter vorkommen zu werden. Für die preussischen Staatsanwaltschaften gewinnt jetzt die kürzlich ergangene Verfügung des Justizministeriums besondere Bedeutung, nach der Verfügungen und Einschnürrichtungen der Prozesse mit allen gesetzlichen Mitteln verbunden werden sollen. Eine Einschränkung dieser Bestimmungen ist deshalb besonders notwendig, weil die nationalsozialistischen Abgeordneten, die unter Anklage kommen, schon bisher angeklagt sind, die Durchführung der Strafverfahren durch Bitten um Terminverlegungen und Stellung von Anträgen in die Länge zu ziehen.

## Frei Feld

Nun arbeite, Reichstag!

Die Niederbringung der Obstruktion in einer Dauerlösung, die bis in die dritte Morgenstunden währte, die Verabschiedung der Geschäftsordnungs-Reform (mit 300 gegen 0 Stimmen), der neuen Bestimmung im Verfassungsgesetz, die den Zeitungen verbietet, ihnen Abgeordnete als verantwortliche Redakteure zu nennen, und schließlich die generelle Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, gegen die Auslieferungsbefehle vorliegen — das war nicht nur ein parlamentarischer Erfolg, es war auch ein moralischer Erfolg, der gegen den wüsten Fabulismus ertragen wurde. Man hätte getrost gewünscht, die Schützen des Reichstages möchten sich im Unerschlichen weiten und die tags Millionen Wähler, die gläubig, durch löbliche Worte gelangen, am 14. September nationalsozialistisch gemacht haben, könnten ihre Abgeordneten am Werke legen. In den hartenzeitgeschichtlichen Parteizeitungen werden sie lesen, in Verammlungen werden sie hören, wach „heroischen Kampf“ die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gegen die „brutale Vergewaltigung durch die „Demokratie“ gestanden haben. Wären sie Zeugen dieser Machtschöpfung gewesen, dann hätten sie auf der äußersten Rechten die ertebe Ausgeschlossenheit eines Hochverratsses in vorgedruckter Stunde beobachtet können.

Es steht dem schloß, auf der Vergewaltigung zu fliegen, dessen Regierungsbild die gewalttätige Diktatur ist; sich auf die Rechte der Opposition zu berufen, wenn er durch Sabotage die Mehrheit am Arbeiten hindern will; sich über Annullität zu beschwören, wenn er davon schwärmt, daß Rüsse toll werden. Man hat sich am manches gewandt und wundert sich nicht mehr, wenn Nationalsozialisten und Kommunisten ganz auf der Tribüne des Reichstages einander beschimpfen. In dem Benbelängern aber sich mit dem Wachen der Augen begeben und gemeinsam Obstruktions-Pläne schmieden. Doch jeder orientierte Arbeiter an Ernst, den die Extremen zeigten, diese folte Wange, die Singer-Sträden an der Ringe-mauer — das werte doch wie politischer Egidienstunnen. So penlich das alles empfunden wurde, dieses Zöhlen und Zehen — als praktischer Anführungsunterricht war es grade im Sinne der verfassungstreuen Parteien nichtig wegen der Wirkung auf jene Gruppen, die jetzt den Initiationstakt auf Reform der Geschäftsordnung unterziehen, von einigen Monaten aber noch gelaugt haben, daß man mit den Stiller-Jüngern leichter nationale Politik machen könne. Erinnert man sich der Scene bei der Eröffnungs-Sitzung des Reichstages, bei der Nationalsozialisten in Beunruhigen gelassen in den Saal marschieren, in tiefem Schweben ihre 17 Wöge einnehmen? Das war Später, aber es blieb nicht ganz ohne Eindruck. Auf diesen gelassenen Einmarsch haben die Mitglieder des Dritten Reiches fetter verachtet; um o häufiger marschieren sie jetzt gelassen aus dem Saal. Und geteilt gar war es ein einiges Wabern dem Saal in den Wandelgang und von dort zurück. Hinter ihnen her fromm und artig die Beunruhigten, die gut abgerüstet auf den Wind des Fern folgten. Als vor der Gesamtabstimmung über die Geschäftsordnungs-Reform die Nationalsozialisten zum letzten abgaben, sagte das Gelächter der arbeitswilligen Mehrheit hinter ihnen her. Wenn dieses Lachen auch nicht tötel — es wäre Verleiden, Größe und Schwere dieses Volkes auf der Passivität der Reichspolizei zu unterfragen —, ist es doch zeichnerisch für die veränderte Einstellung wichtiger Schichten des Bürgertums zur extremen Rechten. Will dieser fünf-Monats-Plan darf die Regierung Prüfung zutreiben sein.

## „Auf das schärfste zu verurteilen“

### Reichsregierung zum Fall des Schiffes „Vogland“

Die Reichsregierung nimmt jetzt, nachdem sie den Fall des Handelschiffes „Vogland“ amtlich hat unterliegen lassen, in einer offiziellen Erklärung zu der Angelegenheit Stellung. In der Erklärung der Reichsregierung heißt es: „Som nationalen Standpunkt ist es nicht nur bezeichnend, sondern aufs schärfste zu verurteilen, daß eine Hamburger Reederei ihres Schiffes vorgenommen hat, um sich der deutschen Steuererhebung und den Pflichten der deutschen Sozialgesetzgebung zu entziehen.“

Über die rechtlichen Fragen ist nach den offiziellen Ermittlungen folgendes zu sagen: Das Flaggengeleiche der heutigen Handelschiffen vom Jahre 1890 regelt nur das Recht zur Führung der deutschen Flagge auf Handelschiffen, verpflichtet aber den deutschen Staatsbürger nicht, die ihm gebührenden Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben. Ob die Reederei Wogemann ihr Schiff im Ganzen oder nur zum Teil an den Staat von Panama verkauft hat, ist nicht bekannt. Nach dem deutschen Flaggenrecht wird das Recht zur Führung der deutschen Flagge von dem Reichswelt abhängig gemacht, daß sich das Schiff ausschließlich in deutschem Eigentum befindet. Welche Voraussetzungen der Staat Panama zum Recht der Führung seiner Flagge fordert, ist unbekannt. Bitterrechtlich sind die Dinge so, daß die Staaten gegenseitig ihre Flaggen anerkennen, lassen ein amt-

licher Ausweis über die Führung der Flagge beibringt wird. Das Reichsgericht hat entschieden, daß das Schiff „Vogland“ einen gültigen Flaggenausweis von Panama hat und es aus dem deutschen Geschäftsbereich gelöst ist.

Mit der Unterlegung des Schiffes unter die Flagge von Panama hat die Geltung deutschen Rechts auf dem Schiffe auf, das in allen Beziehungen nur nach dem Recht Panamas unterliegt. Inwiefern nach deutsche Seerecht auf diesem Schiff Dienst tun wollen, muß diesen überlassen bleiben. Die deutsche Sozialversicherung gilt für deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen nicht. Auch muß es deutschen Vertriebs- und deutschen Versicherungsgesellschaften überlassen werden, ihre Waren auf einem solchen Schiffe zu verfrachten oder ein solches Schiff zu versichern.

In der Bortriebsfrage war der Verkauf deutscher Schiffe an das Ausland unbedenklich zulässig. Erst im Reiche ist durch ein besonderes Gesetz der Verkauf von einer Genehmigung abhängig gemacht worden. Mit der Aufhebung dieses Gesetzes sind nach dem Reiche auch wieder die Ausfuhrkontrollen für deutsche Schiffe. Es wird aber in den zugehörigen Stellen namentlich errogen, ob aus Anlaß des Falles „Vogland“ eine Ausfuhrkontrolle nicht erneut wieder eingeführt werden soll.

## Warum Moskau annimmt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 10. FEBRUAR

Die Annahme der Einladung zu der Sitzung des Europa-Ausschusses wird in der Sowjetpresse lebhaft kommentiert. Die „Pravda“ meint, Moskau habe deswegen durchgesetzt, daß die Sowjetregierung eine eingeladenen Einladung zu den wirtschaftlichen Beratungen erhielt, weil er sich damit zwei Wege offenhielt. Falls Moskau annahm, blieb immer noch Raum zu späteren Verhandlungen. Am liebsten aber hätte Moskau es wohl gesehen, wenn die Sowjetregierung die Ostkränke geliebt und abgelehnt hätte. Diesen Wünschen haben ihnen Eintritten oder nicht getan.

Weiter äußert die „Pravda“ Beunruhigung darüber, daß in vierzehn Tagen zwei Unterkommissionen des Europa-Ausschusses ohne Teilnahme der Sowjetunion in Genf zusammentreten, wobei möglicherweise die Frage der Agrarimporte und Zölleerzehrung erörtert werde. Das Blatt sieht darin eine Gefährdung für den Erfolg des Sozial-Vertrages und meint, auf der Ratung müsse sich die Frage weitläufiger zu öffentlichen Debatten stellen.

Die „Sowjetik“ stellt in dem Zusammenhang die Frage, was es eigentlich Europa ist, laugnet aber doch nicht völlig, die politische Bedeutung dieses geographischen Begriffes. Wenn auch die Landwirtschaft der europäischen Staaten von den westlichen Ländern sehr stark beeinflusst werde, in bezug auf wirtschaftliche Beziehungen ist Moskau ein wichtiger Faktor. Gegenüber diesem Zustand weist mehr als ein politischer Vorgang in China. Das

wichtigste Problem für Europa, dieser angejäherten Dame, ist dadurch entstanden, daß ihr 1917 ein Unglück passiert ist. Sie habe protestierende Revolutionen zur Welt gebracht, die nicht die Abhilfe habe. Mittleren Europa von der Wohlgehabenheit dieses Sprößlings zu überzeugen. Europa habe seinerzeit verurteilt, den Sprößling umzubringen, als er schwach war, jetzt ist es zu spät.

Was aber den Europa-Ausschuss anlangt, so habe die Sowjetregierung ihn nicht um Erklärung über seine widerprüchlichen Beziehungen bitten können, da man nicht wolle, wo diese Aufgabe zu Hause sei. Deswegen sende die Sowjet-Regierung jetzt eine Delegation nach Genf, um zu unterhandeln, was der Europa-Ausschuss eigentlich ist, was er zu unternehmen will und was er im besonderen von der Sowjetunion will.

Wie die Beispiele zeigen, magt man in Moskau heitere Meinen zu einem Spiel, dem man aber tatsächlich mit größerer Begehrtheit zusieht, als die Demos der „Sowjetik“ vermuten lassen.

## Schweigetag in Indien

LONDON, 10. FEBRUAR

Der nächste Sonntag wird in ganz Indien 14 Tage ein Schweigetag, dem Gandhi hat die parole ausgegeben, die Kongressorganisationen für Nicht-Widerstand, die die Hindutis als „Schritt“ vorzuziehen, durch allgemeines Fasten, wortlose Fasten und wortlose Verammlungen zu begehen. Nur ein Gefährde, sich dem unbilligen Verammlungen im Hinblick der verfahrenen Nationalführern nach Bedingungenloser als bisher zu weihen, darf die nationale Schweigepflicht durchbrechen.

## Curtius' Rede

M. R.

Im 8 Uhr nachmittags versammelt sich der Reichstag wieder, um die Erörterung beim Haushalt des Auswärtigen Amtes fortzusetzen. Heute gibt bereits die neue Geschäftsordnung, Reichsminister Dr. Curtius wird in einer längeren Rede auf alle

aktuellen Ereignisse und Fragen der auswärtsigen Politik einschließen. Die Debatte soll sich aber nicht unmittelbar anknüpfen, sondern erst morgen beginnen, weil man noch der entzerrten Nachrichten den Abgeordneten nicht wieder eine lang ausgeübte Beratung gemutet will.

## Woher kam die Million?

Ludwig Bernhard als Zeuge

Von welcher Seite ist die Summe von einer Million gekommen, durch die es Jugenber ermöglicht worden ist, der unbefugte Herr des Scherzberlages im Jahre 1916 zu werden? „Ich die „Seite“ eine Regierungsbank gewesen, die durch die Freundschaft den Betrag zur Verfügung gestellt hat. Das ist die Frage, die der Untersuchungsamt des Preussischen Landtages zur Klärung der Streitigkeiten der Preussentafel fragen sollte. Die Sitzung am Montag hat eine Klärung dieser Frage nicht gebracht, weil die meisten Zeugen aus der Freundschaft sich an die Vorgänge, die zur Freistellung eines großen Credits an das Lebensversicherungsinstitut geführt haben, nicht mehr erinnern können. Die Aktien der Freundschaft über diese Transaktion sind völlig lüdenhaft und ergeben keine Möglichkeit, die tatsächlichen Vorgänge zu rekonstruieren.

Ausgangspunkt für die Untersuchung des Ausflusses war die Behauptung des bekannten Buches von Professor Ludwig Bernhard über die Entdeckung des Scherz-Berlages, nach dem die Beschuldigten des „Deutschen Berlagevereins“, dem die Scherz-Bücher schrieben, getötet worden seien durch den Jugenber-Gruppe aufgebracht 6,1 Millionen und einer von Unbekannt zur Verfügung gehalten Summe von einer Million.

Professor Bernhard wurde von dem Ausfluss übernommen. Er schätzte ein, wie sich im Spielplan ein über Rantium gebildet habe, um den Betrag zu sanieren. Nachdem die Jugenber-Gruppe mit ihren Mitteln hingekommen ist, hätte immer noch eine Million gefehlt, die schließlich durch Vermittlung der Regierung, aber nicht aus Regierungsmitteln herbeigeführt worden ist. Die eine Million sei als Konventionalliste einer großen Firma beigesteuert worden, deren Verwendung für die Sanierung von der höchste zuständigen Stelle bestimmt worden wäre. Es ist aber gegeben worden, nicht weiter nach der Quelle des Geldes zu forschen.

Wenn also von dieser Seite eine Klärung der bunten Angelegenheit nicht erfolgen konnte, so erregte ein Brief von Sammerkeins vom 6. August 1914 im Ausmaß großen Aufsehen, den der Reichsrichter Wg. Rüttner verlas. Der Brief ist an die Preussentafel gerichtet und von der Preussentafel als „geheim“ besiegelt.

In dem Brief wird gefordert, es handle sich darum, den Lebensberlages Scherz-Bücher literale Bücher zu schreiben.

Reichsrichter hätten bereits aus eine Million aufgebracht, um weitere vier Millionen würden zusammengebracht werden, falls der Staat erwidert, daß das Rechenbuch als erneuert werde. Der Reichspräsident habe angeordnet, dem Finanzamt die von der Reichspräsidenten hohen Befehl zu bringen. Untersuchungsamt Michels habe diesen Weg aber als unangbar bezeichnet, während er es für möglich hält, daß die Freundschaft oder die Gewandlung der Kredit vermittele nach eingehender Prüfung der Unterlagen. Politische Gründe, so heißt es in dem Briefe Sammerkeins nach, machen es erforderlich, daß die Beziehungen über den Gewinn des Scherz-Berlages verteilungsgerecht werden.

In einem anderen Schreiben vom 3. April 1914 erklärt sich der Innenminister Dalmatz damit einverstanden, daß dem Deutschen Berlageverein die Rechtsfähigkeit verliehen werde. Die Begründung des Deutschen Berlagevereins, so sagt der Minister in diesem Briefe weiter, liegt in dringendem Staatsinteresse, weil nach der Scherz-Berlag unter demokratischer Leitung gelangt wäre und damit die Gefahr bestehen würde, daß der „Deutsche Berlageverein“ den die Befallen seien, in finanziellen Schwierigkeiten gefangen worden wäre.

Die Fortsetzung der Jugenberermehrung wurde vertagt.

## 40-Stundenwoche bei der A. G. C.

Heute mittag fanden Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der A. G. C. und dem Generaldirektor der A. G. C. statt. Gegenüber der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche für Angestellte mit einer gleichzeitigen Beschränkung von 15 v. H. vereinbart wurde. Die Abwägung ist die Ausweisung der zwischen dem Verband Berliner Metall-Industrieller und den Angestelltenvereinigungen zustande gekommenen Vereinbarung über eine Arbeitszeitverkürzung.

## 4,9 Millionen Arbeitslose

Gegenüber anders lautenden Gerüchten, die von einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf weit über 5 Millionen sprechen, wird von der Reichsstatistik mitgeteilt, daß sich die Zahl der bei den Arbeitstagen verfallenden Arbeitslosen auf rund 4,9 Millionen Arbeitslose betrug. (Im vorigen Berichtsstadium — 1. bis 15. Januar — betrug die Zahl 4,765 Millionen Arbeitslose).

## Verdict gegen Caro

In dem Familienrat zwischen dem Brauhausindustriellen Ignaz Reichel und seinem Schwagerer Generalmajor Wilhelm Caro hat der Reichsgericht die Sommergerichts in diesen Tagen eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Es wurde beschlossen, gegen Generalmajor Caro die Verurteilung wegen Verleumdung zu erwirken. Die Akten gegen zur Staatsanwaltschaft III zurück.

# Die australische Drohung gegen England

## Um den Zinsendienst

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

In der englischen Öffentlichkeit ist man außerordentlich beunruhigt über die unglücklichen wirtschaftlichen und politischen Zustände in Australien. Die Premierminister der australischen Bundesstaaten haben eine komplizierte Finanzkonferenz abgehalten, deren Zweck die Budgetgehaltungen gewesen ist. Nachdem aus den Besprechungen einmündig hervorgegangen ist, daß es der australischen Bundesregierung unmöglich ist, den Budget auszuführen, teilte der Premierminister von Queensland den nachfolgenden Antrag eines notwendigen Entscheidung des Zinsdienstes auf, die in England aufgenommenen australischen Anleihen. Der Antragsteller fügte hinzu, daß damit gleichzeitig auf die englische Regierung ein Druck ausgeübt werden sollte, den Zinsfuß auf die australische Kriegeranleihe von 5 auf 3 v. H. zu ermäßigen.

Dieser radikale Antrag, der von den fünf anderen Provinzialregierungen kategorisch abgelehnt wurde, führte zu dem Bescheid, daß die Dauer von drei Jahren jedes australische Zinsfuß für sich ihr eigenes Budget vorzulegen und auszufüllen habe und daß die Bundesregierung nur „im Falle der Not“ eingreifen haben würde.

## Henderson erneuert für Abrüstung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

In der Londoner Queenshall hat gestern abend eine Demonstrationssammlung zugunsten der Weltabrüstung stattgefunden, auf der Außenminister Henderson der Hauptredner war. Henderson ist ein Anhänger der von unter Schriftsteller vertrieben. Es ist dies die Reorganisation des nationalen kometischen Komitee ihrer Art durch einen föderalen internationalen Vertrag, durch den sich alle Regierungen verpflichten, bestimmte festgesetzte Quoten für ihre nationale Rüstung auszurufen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verwirklichung der Anfang zu einer großen Abrüstungsaktion in der ganzen Welt wäre. Henderson wies auf die Notwendigkeit einer solchen Kampagne hin, da die neue Generation den Krieg und viele Schrecken nicht kennen und diejenigen, die ihn mitemanden, genügt seien, ihn zu vergessen. Er verzögern sollte die Kriegsvorbereitungen, die die Regierungen treffen, die Waffenlager, die angefüllt würden, und die Gefahren, die damit verbunden sind. Henderson erwähnte in diesem Zusammenhang die Gefahren eines künftigen Luftkrieges und wies dies für London und für England bedeuten würde.

Außenminister betonte am Schluß seiner Rede, daß politische und wirtschaftliche Nationalismus nur Folgen nationaler Interessen seien, die aus der Furcht vor dem Rette hervorgehen und richtete einen Appell an seine Zuhörer, das internationale Chaos der Vorkriegszeit zu beenden. Dies könne nur durch Abrüstung gelingen.

## Abstriche im Marine-Gat von U. S. A.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 10. FEBRUAR

Der neue amerikanische Marine-Gat, der letzten fertig gestellt worden ist, enthält eine Reihe von Abstrichen. Die Rebite — bisher 344 Millionen Dollar — sind um 30 Millionen herabgesetzt, das Flottenpersonal von 80 000 auf 60 000 Mann herabgesetzt worden, während drei Panzerfahrzeuge auf Grund des Flottenplans außer Dienst gestellt werden. Für den Bau von Zerstörer-Unter-See-Kriegern sind fast 20 Millionen Dollar 20 Millionen ausgenommen.

Für die Dienstleistungen sind Rechte von 31 Millionen Dollar vorzulegen, es hat sich ein neuer Million Dollar abgeschrieben worden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß das fünfjährige Programm, das den Bau von 1000 Flugzeugen vorzieht, im nächsten Finanzjahr veranlaßt wird.

## Neue Zwischenfälle in Madeira

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. FEBRUAR

Die Unruhen auf der Insel Madeira scheinen ernstere Natur zu sein, als es die offiziellen portugiesischen Nachrichten bisher glauben ließen.

Der französische Postdampfer „Corinthia“, der den Hafen von Funchal (Madeira) anlaufen wollte, wurde gesungen, unzulänglich. Bei der Ankunft des Dampfers in Galabona (Marzo) erklärte der Kapitän, daß kein Schiff von zwei Tonnas auf der Befehlsmann vom Steuen aufgehoben worden ist. Unberührt habe er seinen ersten Offizier in einem Boot an Land schicken wollen, um mehrere Ankerleute einzuholen. Die Parlamentarier seien aber an dem Male mit einem Steinwurf empfangen worden. Eine bewachte Menschenmenge bedrohte die Mannschaft mit sofortiger Befolgung, wenn sie nicht umkehrte.

In der Londoner City, wo australische Werte im Nominalbetrag von 500 Millionen Pfund an der Börse notiert werden, haben diese fünfjährigen Vorgänge in der australischen Finanzpolitik tiefste Misstrauen hervorgerufen und man befürchtet weiter einen unglücklichen Verlauf der australischen Finanzierung. Diese Befürchtungen sind schon allein dadurch begründet, daß die australische Premierministerkonferenz nur sehr mäßige Budgetvorstellungen treffen konnte, sich aber über einen vierstellige noch niedrigeren Punkt, nämlich über die australische Währungsreform mit 120 Pfund für 100 englische Pfund einigte. Die australischen Währungsautoritäten gehen auf diesem mit dem augenblicklich nicht angebotenen Plan um, das australische Pfund auf paritätischen Stand, wobei aber ausdrücklich Lohnveränderungen ausgeschlossen bleiben sollen.

Ungefragt hat der viel umrittene australische Bundesminister Edward, gegen den ein Korruptionsverfahren läuft, ebenfalls aus dem radikalen Standpunkt einen Antrag gestellt erhalten, wonach Australien von Ostindien abgehängt und bald helfen den Standard seines Reichums, d. h. Warenhand, einzufragen solle. Dieser Antrag wurde zurückgestellt.

Nach der deutschen Postdampfer „Samburg“ hat durch Grundbesitz mitgeteilt, daß er ebenfalls an der Zwangsliquidation in Funchal vertrieben worden sei und daher direkt den Hafen von Galabona anliege.

## Verarbeit an der Agrar-Kreditbank

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 10. FEBRUAR

Eine Sonderdelegation des Finanzkomitees des Väterbundes für die Fragen des Agrar-Kredits ist gestern hier angekommen und hat den Vizepräsidenten der Union von der Firma Sorel & Co. in Bernen, zum Präsidenten gewählt. Außer einer Reihe bekannter Wirtschaftler und Finanzgenossen gehört der Delegation Direktor Dr. Riffler von der Deutschen Rentenbank-Kreditbank in Berlin an.

Die verschiedenen Verhandlungen wurden von dem haltvertriedenen Generaldirektor Sorel eröffnet, dem übrigens der Plan zu der Agrar-Kreditbank in erster Reihe zu verdanken sein soll und nicht, wie man erzählt hatte, dem Alerteitsmann Soudoux. Sorel erinnerte an die bisherige Arbeit des Väterbundes auf diesem Gebiet und erklärte, daß die neuerdings wieder aufgetauchten Fragen jetzt unter günstigen Umständen gelöst werden könnten. Der Zinsfuß ist billig und man könne Zinsverträge zu vernünftigen Bedingungen in Aussicht nehmen. Die Aktion liege eben im Interesse der Anteilhaber, wie der Anliegebeher.

Nach die notwendige Auffklärung der politischen Stimmung habe bereits begonnen und er glaube, es sei kein übertriebener Optimismus zu sagen, daß die letzte Tagung des Rates und der Europakommission des Väterbundes eine Entspannung und Behebung der öffentlichen Stimmung hervorzubringen hat.

Amal trat der Delegation kurz das Programm des Finanzkomitees für die Schaffung eines internationalen Agrar-Kreditinstituts vor, das Kapital aufnehmen und gegen Hypothekendarlehen durch Vermittlung der staatlichen oder öffentlichen Kreditinstitute weiter geben könnte. Die Delegation ist berufen, die wichtigen Fragen zu diskutieren, die sich durch die Begründung eines solchen Instituts ergeben, wie die Art seiner Konstitutionierung, seine Beziehungen zu den Regierungen der Väterbundesstaaten, die Konstitutionierung seines Kapitals und dessen Verwaltung, die Art seiner Geschäftsführung und die Währung, in der gearbeitet werden soll. Zum Schluß gab Sorel, der vor seinem Eintritt in das Väterbundesministerium Finanzminister der französischen Republik in London war, einen kühnen Ausblick, daß es im Hinblick auf die Notwendigkeit auch leicht sein wird, die politischen Zustimmung für die Errichtung eines solchen Instituts und für die Verwirklichung seines Arbeitsprogramms zu erhalten.

## Der Papst dankt

Der Papst hat seine erste Dankansprache am 12. Februar, nachmittags 10 Uhr, an dem Rundfunksender der vatikanischen Station gehalten. Die kurze Ansprache wird in lateinischer Sprache gehalten werden. Im Anknüpfung daran wird der vatikanische Rundfunkübertrag die Einweihungsfeier der Funkstation verfolgen.

## Hammernstein in Stuttgart

Der Chef der Generalleitung, General der Infanterie Freiherr von Hammerstein-Quend, traf in Stuttgart ein, um der württembergischen Staatsregierung einen Brief abzuliefern und die Truppen des Generalstabes Stuttgart-Gomfah zu befehlen.

## Luxemburg und die deutschen Reparationen

Zwischen der belgischen und luxemburgischen Regierung ist eine Einigung über die luxemburgische Beteiligung an den deutschen Reparationsleistungen auf Grund des belgisch-deutschen Pariser Abkommens zustande gekommen. Luxemburg wird nämlich für die von seiner Seite Ende 1918 zum Umfange zugewandte deutsche Staat-Balanz eine Aufzeichnung erhalten, deren Gesamtwert sich 1906 für über 180 Mill. Franken beläuft. Damit wäre für Luxemburg die Frage der Maritalortierung erledigt.







